

Unsere Ziele für den Haushalt 25/26 – Zukunftssicherung durch kluge Entscheidungen!

Die Stadt Dresden steht vor der Herausforderung, den Doppelhaushalt für 2025/26 ohne zusätzliche Mittel den steigenden Anforderungen anzupassen. Die finanzielle Lage ist angespannt: Aufgebrauchte Rücklagen, ein Verschuldungsverbot, Inflation und unzureichende Zuweisungen von Bund und Land engen den Handlungsspielraum massiv ein.

Trotz der angespannten Finanzlage setzen wir uns für gezielte Investitionen in Zukunftsthemen ein. Maßnahmen gegen die Klimakrise sind unverzichtbar. Die soziale Infrastruktur für den Alltag der Menschen muss gesichert werden. Prävention hat Vorrang. Der öffentliche Nahverkehr ist unverzichtbar für soziale

und ökologische Mobilität. Die kulturelle Vielfalt, besonders die Freie Szene, braucht Luft zum Atmen. Schulneubauten und Sanierungen, wie die 101. Oberschule auf der Cockerwiese, sind dringend und lange beschlossen. Wir fordern eine Aufhebung des Kreditverbots für den städtischen Haushalt, um nachhaltige Investitionen zu ermöglichen. Digitalisierung und Verwaltungsreformen sollen Ressourcen freisetzen. Wir haben auch die Einnahmen im Blick, beispielsweise die Anhebung der Parkgebühren und der Grundsteuer in moderatem Rahmen, sowie eine Anhebung der Vergnügungssteuer. Gleichzeitig müssen der Bund und der Freistaat Sachsen die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen beenden.

CDU lässt Soziale Projekte im Regen stehen!

Da der Haushalt für die beiden nächsten Jahre noch nicht beschlossen ist, Träger von Sozialen Projekten aber auch ab Januar ihre Miete und ihr Personal bezahlen müssen, wurden im Dezember Vorlagen zur vorbehaltlichen Förderung beschlossen. Ohne diesen Beschluss würde ab Januar kein Geld mehr an die freien Träger ausgezahlt.

Am 12. Dezember entschied der Stadtrat über Fördervorlagen im Bereich Soziales und Gesundheit. Dabei fehlen in beiden Bereichen Millionenbeträge. Die Vorlagen der Verwaltung sehen Kürzungen bei vielen Projekten vor, einige Angebote werden nicht mehr finanziert. Ein Änderungsantrag von SPD und PVP, der Finanzierungslücken schließen sollte, wurde zwar im Ausschuss mit knapper Mehrheit angenommen, scheiterte jedoch im Stadtrat an der CDU und den

rechten Fraktionen. Konkret betroffen sind Beratungsstellen vom Ausländerrat Dresden und SUFW e. V., die ABC-Tische des Umweltzentrums, Ehrenamtsunterstützung von Willkommen in Johannstadt, Anlaufstelle für Alleinerziehende des Frauenförderwerk, Alleinerziehenden-netzwerk in Prohlis von Medea, Clearing- und Coachingstelle des Väterzentrums, das Eltern-Kind-Büro von KulturLeben Dresden, Chancen für die Chancenlosen des Neuer Hafen e.V. und die Beratung von EU-Bürger*innen der Gesellschaft Striesen Pentacon.

Ähnlich prekär ist die Lage im Bereich Gesundheit. Dort fehlen im Haushalt 1,4 Millionen Euro, wodurch u. a. Hebammenleistungen, mobile Suchtberatung und Seniorenberatungsstellen nicht mehr finanziert werden.

Ein Änderungsantrag zur Rettung besonders dringender Projekte wie SafeDD, Medinetz und des Gesundheitskiosks Gorbitz fand ebenfalls keine Mehrheit. Stattdessen setzte die CDU einen eigenen Antrag durch, der nur SafeDD weiterfinanziert – allerdings mit zusätzlichen Kürzungen von 3% bei allen anderen Projekten. Unterstützung fand die CDU bei AfD, FDP/FB und Team Zastrow. Ab Januar stehen viele Träger nun vor dem Aus. Mitarbeitende müssen entlassen, Angebote zurückgefahren werden. Damit werden Strukturen zerschlagen, die schwer wieder aufzubauen sind, selbst wenn sich die finanzielle Situation mit dem Haushalt verbessern sollte.

Kürzungen in der Kinder- und Jugendarbeit beschlossen!



Am 28. November beschloss der Jugendhilfeausschuss die Vorlage „Förderung von Trägern der freien Jugendhilfe 2025 – Vorläufige Zuwendungen“ in angepasster Form. Trotz intensiver Verhandlungen bleibt die finanzielle Lage der Kinder- und Jugendarbeit angespannt.

Ab dem 1. Januar 2025 erhalten die Träger Vorauszahlungen, die allerdings mit Kürzungen von 8,3 bis 20 Prozent einhergehen. Diese Einschnitte belasten die Arbeit der Träger erheblich, schaffen aber zumindest eine Grundlage, damit viele Angebote vorerst weitergeführt werden können. Die Verhandlungen in den kommenden Wochen sind entscheidend, um die soziale Infrastruktur im Sinne von Kindern, Jugendlichen und Familien langfristig zu sichern.